



GUTE ARGUMENTE

AUS DEM BÜROKOLLEKTIV JELPKE

4. „Bürgerbewegung“ Pro NRW – Alternative zum Parteienfilz oder rechtsextreme Demagogen?

Zur Kommunalwahl 2009 und zur Landtagswahl 2010 tritt die „Bürgerbewegung pro NRW“ als selbsternannte Partei des „kleinen Mannes“ und „Alternative zum roten Filz und schwarzen Klüngel“ an. Unter dem Deckmantel einer Bürgerbewegung versucht Pro NRW als landesweite Regionalpartei mit bislang rund einem Dutzend kommunalen Wählervereinigungen wie Pro Köln, Pro Essen, Pro Gelsenkirchen etc. rechtspopulistische bis rechtsextremistische Positionen in die Mitte der Gesellschaft zu transportieren.

Hintergrund:

Die im 2007 gegründete „Bürgerbewegung PRO NRW“ geht ebenso wie die „Bürgerbewegung PRO Deutschland“ (Pro D) auf die „Bürgerbewegung Pro Köln“ und die am 26. September 2004 mit 4,7 % der Stimmen ins Kölner Rathaus gewählte gleichnamige Stadtratsfraktion zurück. Deren führenden Protagonisten, der Pro-NRW-Vorsitzende Markus Beisicht und der Pro-D-vorsitzende Manfred Rouhs - können auf eine über 20 jährige Karriere in der extremen Rechten zurückblicken. Sie saßen bis 1994 für die rechtsextreme Splitterpartei „Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) im Kölner Stadtrat, davor gehörten sie den „Republikanern“ an. Pro NRW profitierte von Überritten kommunaler Mandatsträger der immer bedeutungsloser werdenden Republikaner. Offiziell grenzen sich Pro Köln und Pro NRW zur Wahrung ihres Biedermannimages von rechtsextremen Parteien und Neonazis ab. Pro Köln klagte mehrfach vergeblich gegen seine Aufführung im Verfassungsschutzbericht NRW „wegen Anhaltspunkten für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen“. Doch im Ausland nahmen Pro Köln-Vertreter an Treffen europäischer Rechtsparteien teil, an denen auch NPD- und DVU-Führungsfunktionäre anwesend waren. Außerdem beteiligten sich Aktivisten neonazistischer Kameradschaften an Kundgebungen von Pro Köln. Pro-NRW-Chef Markus Beisicht mache sich ebenso wie der Vorsitzende des Pro-NRW-Bezirksverbandes Ruhrgebiet, Andre Picker, als Strafverteidiger von Rechtsextremisten und militanten Neonazis überregional einen Namen in der Neonaziszene.

Methode:

Nach außen präsentieren sich die Pro Wählerinitiativen als seriöse bürgernahe Vor-Ort-Protestparteien in Gestalt von Bürgerinitiativen. Vor allem umstrittene kommunale Themen werden aufgegriffen, in rassistischer Weise zugespitzt und für öffentliche Kampagnen mit Unterschriftensammlungen und Demonstrationen benutzt. So erklärt der Pro-Köln-Vorsitzende Markus Beisicht im Interview mit der NPD-Zeitung Deutsche Stimme: „Uns geht es in erster Linie um die Großmoschee als Symbol der Überfremdung, der Parallelgesellschaft und der türkischen Masseneinwanderung. [...] Solche politischen Steilvorlagen nicht zu nutzen [...], ist Verrat an der einheimischen Bevölkerung.“ Der im März 2008 zu Pro Köln übergelaufene langjähriger CDU-Ortsvorsitzender und früherer Vize-Bezirksbürgermeister in Köln Ehrenfeld, Jörg Uckermann sieht ein „sofort abrufbares Potential von bis zu 25 Prozent der Wähler für einen rechtspopulistischen Politikansatz“. Wichtig sei es, dafür mit den Medien zu spielen, „Stimmungen aufgreifen und kanalisieren“, schreibt er im rechten Strategieorgan „Nation&Europa“. Die Pro-Gruppierungen schüren Ängste vor Moscheeneubauten und warnen vor einer angeblich drohenden „Islamisierung Europas“. So initiierte Pro Köln eine Kampagne gegen den Bau einer Moschee in Köln-Chorweiler, ein Volksbegehren gegen den Ausbau einer Moschee in Köln-Ehrenfeld sowie Unterschriftensammlungen gegen Flüchtlingsheime. Ein groß angekündigter Anti-Islamisierungskongress unter Beteiligung zahlreicher Rechtsextremisten und Rechtspopulisten aus dem In- und Ausland scheiterte im September 2008 am breiten Widerstand aus der Bevölkerung. Für Mai 2009 hat Pro Köln einen 2. Anti-Islamisierungskongress angekündigt.



Ulla Jelpke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Positionen:

Im Mittelpunkt der Propaganda von Pro NRW stehen die Themen Migration, Sicherheit und Parteienfilz, die alle rassistisch zugespitzt werden. So behauptet Pro NRW in völliger Verdrehung der Realität, in deutschen Städten gäbe es „No-Go-Areas“ für „einheimische Bürger“ und fordert einen Freibrief für staatlichen Rassismus: „Polizisten und Staatsbedienstete müssen sich zum Beispiel sicher sein, bei einem harten Durchgreifen gegen illegales Verhalten von Migranten nicht plötzlich ungeschützt `Rassismus`-Vorwürfen ausgesetzt zu sein.“

In der Medienpolitik beklagt Pro NRW, „Versatzstücke linker Ideologie prägen nicht nur die politischen Magazine und die Nachrichten-Sendungen, sondern auch das Unterhaltungsprogramm, das oft ein unrealistisches, von multi-kulturellen Trugbildern geprägtes Weltbild transportiert.“

In der Bildungspolitik macht sich Pro NRW gegen Gesamtschulen und für das ausgrenzende dreigliedrige Schulsystem und insbesondere die Hauptschulen stark. Gleichzeitig soll eine „Bildungselite“ gefördert werden, damit „auch die Anwerbung ausländischer Spezialisten und Experten zu bestimmten Fachgebieten bald überflüssig“ wird.

Im Unterschied zur völkischen Kapitalismus-Kritik der NPD vertritt Pro NRW ein wirtschaftsliberales Programm, das insbesondere auf Mittelständler zielt, aber in bewährter rechtsextremer Manier Zuwanderern die Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland gibt.

International kooperiert die Pro-Bewegung mit Parteien der europäischen extremen Rechten wie dem belgischen Vlaams Belang und der Österreichischen FPÖ beispielsweise in einem Städtebündnis gegen Islamisierung.

Mit Islamhass in die Mitte der Gesellschaft:

In populistischen und rassistischen Kampagnen gegen „den Islam“ sieht die extreme Rechte in Europa ein Erfolgsrezept für ihre Propaganda. Statt hinter platten Parolen wie „Ausländer raus“ verbirgt sich der Rassismus heute hinter populistischeren Parolen wie der Verteidigung der „deutschen Leitkultur“ oder des „christlichen Abendlandes“ gegen eine angeblich drohende Islamisierung und Moscheebau. Solche Kampagnen sollen als Eintrittsticket von Rechtsextremen zur vielbeschworenen Mitte der Gesellschaft dienen. So agieren in Bürgerinitiativen gegen Moscheebau häufig verhetzte Bürger, konservative Lokalpolitiker und Neofaschisten nebeneinander oder sogar Hand in Hand und negieren das Recht auf freie Religionsausübung für Menschen muslimischen Glaubens. Die immer rabiatere Islamhetze ist die Kehrseite der imperialen Kreuzzüge des Westens gegen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens – von Afghanistan und dem Irak bis Palästina. Gleichzeitig kaschiert der Islamhass den Abbau demokratischer Grundrechte in Deutschland durch immer neue „Sicherheitsgesetze“. Flüchtlinge und Migranten insbesondere aus islamischen Ländern werden unter terroristischen Generalverdacht gestellt. Der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer konstatiert in seiner jährlichen Studie „Deutsche Zustände“ eine „steigende Islamophobie“ in Deutschland, wobei die Abwehr gegen den Islam sich durch alle Schichten bis hin zu Gebildeten zieht. Der Islam wird in der Öffentlichkeit häufig als eine gewalttätige und archaische „Ausländerreligion“ dargestellt, indem barbarische Verhaltensweisen wie Ehrenmorde, die ihre Ursachen in überlebten Feudalstrukturen haben, mit dem Islam oder „den Türken“ gleichgesetzt werden. Erscheinungen wie Jugendgewalt werden auf vermeintliche kulturell-religiöse Hintergründe zurückgeführt, statt die soziale Situation der Täter zu analysieren. In der Zuwanderungsdiskussion wird pauschal die Gleichung Migranten = Moslems = Extremisten gezogen. Islam-Hass gilt es ebenso entschieden entgegen zu treten, wie Antisemitismus und jedem anderen Rassismus.

Perspektiven:

Von einem Erfolg von Pro NRW bei den Kommunal- und Landtagswahlen in NRW hängt ab, ob sich dieses Modell einer scheinbar seriösen rechten Protestpartei auch bundesweit ausdehnen kann. Um dies zu vereiteln, muß DIE LINKE die rassistische Pro Bewegung ebenso bekämpfen wie offene Rechtsextremisten. Die erfolgreiche Blockade des Anti-Islamkongresses durch Tausende Antifaschisten im September 2008 weist den Weg zukünftigen Widerstands vor Ort. Eine glaubwürdige LINKE vor Ort, die die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nimmt und so von den etablierten Parteien unterscheidbar bleibt, ist die Voraussetzung, um Pro NRW auch an der Wahlurne zu schlagen.